

Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Herausgeber: Bund Deutscher Osten e. V.

Nr. 17

Berlin, den 1. September 1937

18. Jahrgang

Staatspolitische Linie oder verantwortungsloses Spiel

Die Politik eines Staates kann nicht erfolgreich sein, wenn sie ohne oder gar gegen die öffentliche Meinung des Volkes geführt wird. Aus dieser Erkenntnis heraus wurde, nachdem der deutsch-polnische Pakt zustande gekommen war, zwischen den beiden vertragschließenden Staaten ein Presseabkommen getroffen, in dem die Regierungen Deutschlands und Polens ihren übereinstimmenden Willen bekundeten, in allen Fragen der öffentlichen Meinungsbildung darauf hinzuwirken, daß das gegenseitige Verständnis immer mehr geweckt und dadurch allmählich eine freundschaftliche Atmosphäre zwischen den beiden Staaten geschaffen werde. Selbstverständlich sollte mit diesem Abkommen nur den bewussten Fälschern und Verdrehern, den Kreisen einer verantwortungslosen „Journaille“, die mit wichtigen völkischen und staatlichen Belangen ihr unsauberes Spiel treibt, das Handwerk gelegt werden. Auseinandersetzungen dagegen auf dem Boden der Wirklichkeit und mit dem guten Willen zur Wahrheit sind immer erwünscht, fruchtbar, vertiefen das Verständnis und reinigen die Atmosphäre.

Fast will es scheinen, als ob ein tief im polnischen Volkscharakter verwurzelter Wefenszug solch fruchtbare Auseinandersetzungen, die im Verhältnis Deutschland—Polen schon wegen der vielen noch unbereinigten Fragen unvermeidlich sind, erschwert oder gar unmöglich macht. Es würde hier zu weit führen, die Ursachen und Zusammenhänge aufzudecken, die bestimmend dafür sind, daß es in vielen Fällen nicht gelungen ist, die Brunnenvergifter in Polen, die keine Gelegenheit veräumen, das deutsch-polnische Verhältnis zu stören, im Geiste des deutsch-polnischen Presseabkommens zur Einstellung ihrer gefährlichen Tätigkeit zu zwingen. Eine Erscheinung ist aber an der in den letzten Wochen und Monaten mit großer Heftigkeit entbrannten Agitation gegen Deutschland und das Deutschtum sehr beachtenswert: die Tatsache nämlich, daß Ausführungen aus der Feder von Leuten, wie sie im neuen Deutschland unmöglich sind und deren geistigen Erzeugnissen die Lüge und Verdrehung an die Stirn geschrieben ist, von polnischen Blättern spaltenlang, oft an leitender Stelle, abgedruckt werden.

Ein paar Beispiele dieser Art aus jüngster Zeit, Beispiele des politischen Anschauungsunterrichts, den das polnische Volk erhält, seien hier angeführt. Da veröffentlicht das Thorner „Słowo Pomorskie“ unter der Rubrik „Coppernicus wundert sich“ ein bewegtes Gespräch des kleinen Herrn Orzegorz mit dem großen Nikolaus Copernicus, natürlich mit dem „Pan Koppernik“, den die Polen seit langem zum Erstaunen der wissenschaftlichen Welt für sich in Anspruch genommen haben, — obwohl sie mehrfach auch von ernstlichen polnischen Gelehrten gewarnt wurden, doch nicht das geistige Ansehen Polens durch solch plumpe Leistungen der polnischen „Forschung“, die keiner Nachprüfung standhalten, zu kompromittieren. Ganz gleich

— dieser genannte Herr Orzegorz weiß, daß Copernicus ein „polnischer“ Genius ist, an den man sich in seiner Herzensbedrängnis wenden kann, und besonders dann, wenn man ein Rezept braucht, den lästigen Deutschen eins auszuwischen. In bewegten Worten klagt er ihm sein Leid: „Bei uns macht das Deutschtum sich immer mehr breit und immer unverschämter erhebt es sein Haupt. Überall erheben sich die Deutschen einer ungewöhnlichen Bevorzugung. . . Sogar für die Handvoll deutscher Katholiken wird ein besonderer Gottesdienst in der St. Johannes Kathedrale zelebriert. Deutscher Gesang und Predigten in der Sprache unserer früheren Unterdrückter hallen von den Mauern der Kirche wider. . .“ Wie sollte der große „polnische“ Landsmann Copernicus da nicht Rat wissen. „Mein Orzegorz“, antwortete er, „man kann ihnen das weder verbieten noch abschlagen, denn sie haben ein begründetes Recht darauf. Auf diesem Standpunkt steht unsere heilige Kirche. Jedoch auch Deine Ausführungen entbehren nicht des Rechts. Die Kathedrale des Heiligen Johannes, die Mutterkirche meiner Vaterstadt, ist seit Jahrhunderten im Besitz der Polen. Ich denke, daß für die deutschen Katholiken der Gottesdienst in einer Kapelle außerhalb der Kirche stattfinden müßte.“ Man merkt, Herr Orzegorz neidet den Deutschen diese von Deutschen erbaute backsteingotische Johannes-Kathedrale. Wahrscheinlich fühlt sich Herr Orzegorz auch sonst nicht gerade wohl in dem deutschen Thorn, dessen Stadtbild allenthalben ein gar zu auffälliges Zeugnis der deutschen Kulturleistung im slawischen Osten ablegt. Aber Orzegorz wagt natürlich nicht, selbst zu sagen, welche heimliche Gefühle ihn bewegen. Sicherlich würde das auf die deutschen Katholiken auch keinen Eindruck machen. Ganz anders, wenn der große Weltweise und Domherr Nikolaus Copernicus sie aus seiner erhabenen Höhe direkt anspricht. Nun werden sie sich natürlich bescheiden und froh sein, wenn man ihnen den Gottesdienst „außerhalb der Kirche“ erlaubt. Orzegorz hofft, auf diese Weise zwei Aufgaben in einem erledigt, d. h. den deutschen Gottesdienst der erwähnten Thorer Kirche gefährdet und zugleich noch einmal das „Polentum“ des großen Astronomen unterstrichen zu haben.

Ein anderer Fall. Im Bromberger „Dziennik Bydgoski“ sieht man in der letzten Sonntagsausgabe eine Karrikatur: links einen Mann mit dickem Bauch und dicker Zigarre — der Deutsche in Polen; rechts ein dürreres schlottendes Männchen mit einem Maulkorb vor dem Mund — der Pole in Deutschland. Wieder fragt man sich, wie so etwas möglich ist. Man fragt es sich um so mehr, wenn man in Deutschland die vielen sachlichen Stimmen der Abwehr gegen den neuerlichen polnischen Hefefeldzug liest, in denen Punkt für Punkt, mit einer Fülle von beweiskräftigem Tatsachenmaterial belegt, die polnischen Thesen widerlegt werden: die Lüge von den 1½ Millionen Polen im Reich, die Lüge von der „Unterdrückung“ des polnischen Volkspolitikers, der sich ansieht, die Sonderrechte, die er als volksfremder Bevölkerungsteil im Dritten Reich genießt, so weit auszubauen, daß schließlich nur noch Rechte und keine Pflichten mehr übrigbleiben, während das Deutschtum in Polen, das alle Pflichten gegenüber dem polnischen Staat wie jeder andere Staatsbürger erfüllt, seiner elementarsten völkischen und kulturellen Lebensrechte immer mehr verlustig geht und der wirtschaftlichen Existenzgrundlage beraubt wird.

Ein weiteres Beispiel. Ein außerordentlich „würdiger“ Vertreter des Polentums hat sich kürzlich zur Erkundung der Lage nach Deutsch-Oberschlesien begeben. Was er dabei entdeckte, war so bedeutsam, daß die polnische Monatschrift „Lecza“ ihm ihre Spalten für seinen Reisebericht zur Verfügung stellte. Schon beim Ueberschreiten der Grenze hatte Herr Rudzki „ein schwer zu beschreibendes Gefühl“. Dieses Gefühl hat sicherlich auch die erstaunliche Beobachtungsgabe dieses braven Polen bestimmt. Denn er bemerkte sofort, daß „Zuträgerereien und Spißelwesen“ in Deutsch-Oberschlesien die „beherrschenden Faktoren“ sind. Aber seine Schlaueit half ihm, sich unerkannt durch das Gewimmel von Spißeln zu schleichen. Herr Rudzki fiel es auch nicht schwer, die im „Doppelner Schlesien“ wohnenden Polen zu zählen. Das Ergebnis seiner Zählung ist zwar nicht neu, und es besteht der begründete Verdacht, daß er sich vor seiner Abreise darüber orientiert hat, auf welche Zahl sich die leitenden Faktoren der polnischen Propaganda in neuester Zeit geeinigt haben. So ist

denn das Ergebnis der statistischen Entdeckungsfahrt des Herrn Rudzki nichts anderes als die neuerliche Wiederholung jenes alten Märchens, welches besagt, daß es in Westoberschlesien nicht weniger als 800 000 Polen gibt. Da das ungefähr zwei Drittel der gesamten Einwohnerzahl Westoberschlesiens sind, muß Herr Rudzki versehentlich wohl auch alle Gliederungen der Partei, der SA, SS, SA usw. mitgezählt haben und natürlich auch — die Spindel, die nach seiner eigenen Darstellung ja einen erheblichen Bestandteil der Bevölkerung bilden sollen. Und mit Schmerz stellt Herr Rudzki fest, daß diesen 800 000 Polen in Westoberschlesien verboten ist, die „Nota“ zu singen.

Sind diese Beispiele schon schlimm, so werden sie in bezug auf die Ungehörigkeit des Lons von einem anderen polnischen Presseausfall womöglich noch übertroffen. Das ganze deutsche Volk steht noch unter dem Eindruck der Siebenhundertjahrfeier seiner Hauptstadt. Da meldet sich der Krakauer „Młostrowany Kuryer Godzienny“ und stellt fest, daß das alles ja der „unmöglichste Unsinn“ ist. Die ganze germanische Siedlungsgeschichte der Mark Brandenburg und Berlin wird auf den Kopf gestellt und es kommt schließlich eine jahretausendalte polnische Siedlungs- und Kulturgeschichte heraus. Der polnische „Forscher“, der diese seine umwälzende Entdeckung gerade jetzt der polnischen Öffentlichkeit nicht vorenthalten kann, gibt sogar „Quellen“ an, Quellen, die auf den ersten Blick zeigen, wie „gründlich“ seine „Untersuchungen“ sind. Hauptsache, der naive polnische Leser hat einmal gehört, was alles die Deutschen der polnischen „Kultur“ zu verdanken haben. Aber der Schreiber des polnischen Blattes kann nicht an sich halten, nachdem er nun einmal unter die „Forscher“ gegangen ist, und scheut sich nicht, eine freche Beleidigung gegenüber der deutschen Wissenschaft auszusprechen. „Die historische Fälschung als politische Waffe ist eine uralte deutsche Waffe“, „die Deutschen sind in der Fälschung der Geschichte offenbar“ — solche und ähnliche Behauptungen sollen seinen Artikel den polnischen Lesern schmachhaft machen.

Immer wieder steht man vor der bemerkenswerten Tatsache, daß solche Erscheinungen der Berichterstattung, die im Dritten Reich undenkbar wären, in Polen überhaupt möglich sind. Soll man sie überhaupt registrieren und zur Kenntnis nehmen, statt sie mit einem Achselzucken abzutun? Sind sie etwa nur von der harmlosen und heiteren Seite zu nehmen? Wer so denkt, weiß nicht, wie sehr sie der öffentlichen Meinung Polens Rechnung tragen. Der Marschall Rydz-Śmigły hat kürzlich auf der Legionärstagung von der Primitivität und Rückständigkeit der polnischen Verhältnisse gesprochen und davon, daß man mit dem kleinlichen Gezänk und Hader aufhören, den Blick auf große Ziele richten und der Wahrheit die Ehre geben solle. Ein Grundzug des polnischen Menschen deckt sich von hier auf: die politische Unreife und — damit zusammenhängend — die Neigung zur Maßlosigkeit, zur reklamehaftesten Übertreibung, zur eiteln Selbstbespiegelung. Das gilt auch für die polnische Presse. Sie dient, von einigen ernsthaften Blättern von Niveau abgesehen, in der Hauptsache der „Desorganisation“ des politischen Lebens in Polen. Auffallend ist bei alledem, daß diese Art Berichterstattung dennoch, soweit es sich um Deutschland, das Deutschtum in Polen und das Polentum im Reich handelt, auf einer Linie liegt, die in letzter Zeit immer deutlicher hervortritt: auf der Linie maßloser Entstellungen, skrupelloser Verdrehungen und Übertreibungen in bezug auf die politische Entwicklung im Dritten Reich und die Lage des polnischen Volkspolitikers in Deutschland und gleichzeitiger rücksichtsloser und systematischer Bekämpfung der elementarsten Lebensrechte der deutschen Volksgruppe in Polen. Es ist eine Linie, die der außenpolitischen Linie der deutsch-polnischen Verständigung diametral entgegenläuft. Es ist keine staatspolitische, sondern eine volkspolitische Linie, auf der — weil sie nicht in der Berrunft und Einsicht verwurzelt ist, sondern im Gefühl — alle „primitiven“ Menschen in Polen sich einig sind, während die politischen Reife, die Einsichtigen und Weitschauenden, von daher schon die Gefahr für den Bestand des polnischen Staates herannahen sehen, zumal das Polentum dieselbe nur von völkischer Leidenschaft diktierte Haltung auch gegenüber den anderen nichtpolnischen Volksgruppen im Lande einnimmt.

Die schwerwiegende Frage entsteht, welche Kräfte in Polen eigentlich das Uebergewicht haben oder auf die Dauer bekommen werden: die politisch Einsichtigen, die ihren Blick von der Vergangenheit weg auf die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft gerichtet haben, die der Wirklichkeit nüchtern ins Auge schauen, oder die „ewig Gefügten“, von Sentiments beschwerten, in ihren Handlungen von kleinem Ehrgeiz und maßloser Leidenschaft bestimmten „Primitiven“.

Hüben und Drüben

In letzter Zeit tönt uns aus Polen ein Chor von Pressestimmen entgegen, die alle mehr oder weniger dasselbe besagen, teils in einigermaßen sachlicher, in der Hauptsache aber in äußerst gehässiger und entstellender Form: Die Polen in Deutschland werden „unterdrückt“, den Deutschen in Polen aber gehe es viel zu gut, man könne sie nicht länger so „großherzig“ behandeln. Parallel damit und gewissermaßen als Kommentar dazu, der Zweck und Hintergründe dieser Presseagitation enthält, werden in einem beispiellosen Tempo die elementarsten Lebensrechte der Deutschen in Polen weiter eingeschränkt. Am Beispiel des Schulwesens, das doch zweifellos zu dem elementarsten und wichtigsten Kulturgut zur Erhaltung des völkischen Eigenlebens gehört, sei einmal gezeigt, wie hier von seiten der Polen die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt werden.

Nach Angaben des Polenbundes hat sich die Zahl der privaten Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache im Zeitraum 1929 bis 1933 von 28 Volksschulen mit 40 Lehrkräften auf 64 Volksschulen mit 80 Lehrkräften erhöht. Am 1. Januar 1937 gab es im Reich 65 private Volksschulen mit polnischer Unterrichtssprache und 81 Lehrkräften. In diesen Schulen wird der gesamte Unterricht in polnischer Sprache erteilt. Daneben gibt es noch 15 öffentliche deutsche Volksschulen, in denen auf Wunsch Religionsunterricht in polnischer Sprache erteilt wird, verschiedentlich auch polnischer Schreib- und Leseunterricht.

Deutlich ist aus diesen Zahlen eine aufsteigende Entwicklung des polnischen Volksschulwesens in Deutschland zu erkennen. Dagegen hat das deutsche Volksschulwesen in Polen eine ganz andere Entwicklung zu verzeichnen. Für Posen-Pommernellen liegen genaue Angaben vor. Es ergibt sich folgendes Bild:

Schuljahr	Selbständige deutsche Schulen	In polnischen Schulen eingeschriebene dt. Klassen	Gesamtzahl der öffentl. dt. Unterrichtsbetr.	Darun dt. Unterrichtsbetr., deren dt. Charakter durchbrochen ist
1927/28	209	166	375	
1928/29	159	161	320	
1929/30	130	153	283	
1930/31	135	125	260	
1931/32	98	142	240	33
1932/33	97	125	222	40
1933/34	82	118	200	108
1933/36	65	107	174	108

Im Zeitraum 1928/29 bis 1935/36, einem Zeitabschnitt, in dem das polnische Volksschulwesen einen Aufstieg zu verzeichnen hat, sind also allein in Posen und Pommernellen nicht weniger als 146 deutsche öffentliche Unterrichtsbetriebe eingegangen. Da die deutschen Kinder in Polen in der Hauptsache auf den Unterricht in diesen öffentlichen Unterrichtsanstalten angewiesen sind, bedeutet das einen außerordentlichen kulturellen Substanzverlust des dortigen Deutschtums. In den deutschen öffentlichen Unterrichtsbetrieben waren am 15. September 1935 insgesamt 160 deutsche Lehrkräfte tätig.

Noch auffälliger tritt uns die Zerschlagung des deutschen Volksschulwesens in folgenden Zahlen entgegen:

Von der Gesamtzahl
der in Polen und Pommerellen vorhandenen
deutschen Volksschüler gingen:

Schuljahr	in deutsche Unterrichtsbetrie- be	in polnische Unterrichtsbetrie- be
1924/25	70,2 %	29,8 %
1925/26	66,6 %	33,4 %
1926/27	63,4 %	36,6 %
1927/28	62,0 %	38,0 %
1928/29	58,2 %	41,8 %
1929/30	55,9 %	44,1 %
1930/31	55,5 %	44,5 %
1931/32	52,9 %	47,1 %
1932/33	50,9 %	49,1 %
1933/34	49,3 %	50,7 %
1935/36	49,5 %	50,5 %

Für Pommerellen allein ist die Entwicklung sogar noch ungünstiger. Während im Jahre 1924/25 noch 51,9 % der Gesamtzahl der deutschen Volksschulkinder in deutsche Unterrichtsbetriebe gingen, waren es im Jahre 1935/36 nur noch 33,6 %, rund zwei Drittel der deutschen Volksschulkinder Pommerellens mußten also polnische Lehranstalten besuchen.

Aus einer Reihe von Tatsachen ist aber zu erkennen, daß ein Vergleich noch mehr zu Ungunsten des deutschen Volksschulwesens in Polen ausfällt:

1. Für die Errichtung einer polnischen privaten Volksschule in Deutschland genügt eine Mindestzahl von nur 7 (!) Schülern. Es werden also, um den Polen entgegenzukommen, Zwergschulen geduldet. Erreicht in einem deutschen Schulverband bis zu 20 000 Einwohnern die polnische Volksschule einen Schülerbestand von 40, in einem Schulverband bis zu 50 000 Einwohnern eine Schülerzahl von 80, so übernimmt der Staat 60 v. H. der zur Befolgung der vollbeschäftigten Lehrkräfte erforderlichen Beträge. In Polen ist dagegen für das deutsche Volksschulwesen allgemein eine Norm von 40 Schülern festgesetzt.

2. Es ist nicht bekannt, daß Reichsdeutschen in Polen die Erlaubnis zur Unterrichtung deutscher Kinder erteilt wird, während in Deutschland von den 81 Lehrkräften, die am 1. Januar 1937 an den polnischen privaten Volksschulen tätig waren, 65 (!) die polnische Staatsangehörigkeit besaßen.

3. Die polnischen Volksschulen sind durchweg vollwertige polnische Unterrichtsanstalten mit polnischer Unterrichtssprache in sämtlichen Lehrfächern, während in Polen-Pommerellen von den 1935/36 noch vorhandenen 174 deutschen öffentlichen Unterrichtsbetrieben bereits 108, also über drei Fünftel keinen deutschen Charakter mehr hatten, da in ihnen Erdkunde, Geschichte, Naturkunde, Rechnen, Singen (!) in polnischer Sprache erteilt werden. Auch in den restlichen deutschen öffentlichen Unterrichtsanstalten ist der deutsche Charakter oft durch einen polnischen Schulleiter beeinträchtigt.

4. Das polnische Volkstumsbekenntnis darf in Deutschland weder nachgeprüft noch bestritten werden, während in Polen nicht selten von den Erziehungsberechtigten eine amtliche Besätigung der Volkszugehörigkeitserklärung, in Ostoberschlesien die Ablegung einer Sprachprüfung durch die Kinder verlangt wird.

Zu berichten bleibt noch von verschiedenen Methoden, die in Polen zur Zerschlagung des deutschen Volksschulwesens angewandt werden, in Deutschland aber gänzlich unbekannt sind, wie: Ausschulung deutscher Kinder aus deutschen Schulen, Einschulung deutscher

Kinder in polnische Schulen, Zerschlagung der Schulbezirke zwecks Herabsetzung der deutschen Kinderzahl unter die vorgeschriebene Norm von 40, Veretzung deutscher Lehrer von deutschen Schulen an polnische, Veretzung der auf diese Weise freigemachten Lehrstellen durch Polen.

Ein wichtiges Kapitel, das deutlich zeigt, wo eigentlich „Bedrückung“ und wo freies kulturelles Eigenleben herrscht, ist ferner der Sprachunterricht in der Muttersprache. In voller Freiheit darf der polnische Volksplitter in Deutschland für polnische Volkstumsangehörige Sprachkurse zur Erlernung der polnischen Sprache durchführen. In Posen und Pommerellen ist seitens der dortigen deutschen Volksgruppe der Versuch gemacht worden, dieses wichtigste Kulturgut durch die Organisation der „Elternhilfe“, die in Bromberg ihren Sitz hat, zu retten. Wanderlehrer und örtliche Helferinnen suchen dafür zu sorgen, daß den deutschen Kindern, die den Unterricht in der Muttersprache entbehren, das Lesen und Schreiben beigebracht wird, und die Kinder mit Lesestoff versorgt werden. Aber vergeblich hat die „Elternhilfe“ im Laufe der letzten zehn Jahre immer wieder versucht, die Legalisierung dieser Arbeit zu erreichen. Die Bilanz der letzten sieht furchtbar aus und ist ein beredtes Zeugnis des Opfermutes, den die deutsche Volksgruppe in Polen im Kampf um die Muttersprache beweist.

Im Jahre 1932 erhielten 29 örtliche Helferinnen Strafandrohungen, 12 von ihnen hatten Geldstrafen zu zahlen. Von den Wanderlehrern erhielten Verwarnungen durch die Kreis Schulinspektoren die Volksgenossen Kempf, Wirth, Magga und Fel. Krenz. Letztere erhielt am 21. Dezember 1932 19 Strafmandate zu je 100 Floty. Erst im Dezember 1933 hat das Oberste Gericht in Warschau wegen eines Formfehlers Fel. Krenz freigesprochen. Polizeiliche Verhöre und zeitweilige Festnahme machten durch: die Volksgenossen Fel. Loose, Frau Hausenblas, Rißmann, Schöning und Völker. Dabei wurden meistens gleich Hausdurchsuchungen vorgenommen und Bibeln und Lesebücher beschlagnahmt. Die polizeilichen Maßnahmen richteten sich auch gegen viele Familien, in denen die Kräfte gearbeitet hatten. Vom 26. März bis zum 7. Mai 1932 saß Fel. Krenz (jetzt Frau Magga) in Untersuchungshaft. Sie wurde am 4. Januar 1933 zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt und nur gegen Stellung einer Kaution von 10 000 Floty wieder freigelassen. In der Berufungsinstanz wurde die Strafe auf ein halbes Jahr ermäßigt und fiel dann später unter Amnestie. Am 8. Dezember 1932 wurde der deutsche Volksangehörige Wolfski als Spionageverdächtig in Bromberg verhaftet und erst nach vier Monaten ohne „Entschuldigung“ entlassen. Im folgenden Jahre saß Lehrer Geller vom 1. Juni bis 23. September 1933 in Wissa unter Spionageverdacht im Gefängnis. Die polizeilichen Behinderungen gegen Wolfski waren so stark, daß er entlassen werden mußte, weil er zu keiner Arbeit mehr kam. Am 15. Oktober 1933 wurde Frau Hausenblas ausgewiesen. Im Jahre 1933 erhielt die Hälfte aller Wanderlehrer Strafmandate über 100 Floty bzw. 50 Floty bzw. Strafandrohungen. Gerichtliche Termine hatten 8 von ihnen. Allein im Jahre 1934 mußte die „Elternhilfe“ an Strafen einschließlich Rechtsanwaltskosten 6288,55 Floty aufbringen. Nur zwei Freisprüche konnten verzeichnet werden. Der deutsche Volksangehörige Bomke konnte nachweisen, daß er in dem ihm zur Last gelegten Fall nur den Eltern Anweisungen gegeben hatte; Fel. Kukul in Schanzendorf (Kreis Bromberg), eine örtliche Helferin, wurde freigesprochen, weil sie einen Schein vom evangelischen Pfarramt in Sosno vorweisen konnte, in dem sie der Pfarrer ermächtigte, den Kindern bei der Erlernung ihrer Hausaufgaben für den Religions- und Konfirmationsunterricht behilflich zu sein. Ein Opfer der behördlichen Maßnahmen wurde Ende des Jahres 1936 auch die örtliche Helferin Fel. Domanowski im Kreise Soldau. Weil die Strafe von 100 Floty nicht bezahlt wurde, mußte sie ins Gefängnis. Im zweiten Tage ihrer Haft erkrankte sie dort an einer Gasvergiftung und wurde vorläufig entlassen. Die „Elternhilfe“ entschloß sich dann, die Strafe für sie zu bezahlen. Die Wanderlehrer und örtlichen Helferinnen wissen heute und sind damit einverstanden, daß in Zukunft die Strafen abzuweisen sind und nur

in den Fällen bezahlt werden, wo der Gesundheitszustand eine Gefängnishaft nicht ratsam erscheinen läßt.

Dagegen ist nicht bekannt, daß ein Angehöriger einer polnischen Volkstumorganisation in Deutschland wegen Erteilung polnischen Sprachunterrichts an polnische Kinder verhaftet und zu Geld- oder gar zu Freiheitsstrafen verurteilt worden ist. Die Polen im Reich haben ganz andere „Sorgen“ auf dem Gebiet des Schulwesens.

Welcher Art diese „Sorgen“ sind, dafür nur ein Beispiel aus der jetzt vorliegenden, drei Bände starken Veröffentlichung der „Kulturwehr“, in der die Eingaben der polnischen Volkssplittler im Deutschen Reich und die amtlichen Entscheidungen für den Zeitraum vom 1. Februar 1935 bis 31. Juli 1936 zusammengestellt sind. Die betreffende Eingabe ist bezeichnender Weise überschrieben: „Behördliche Nichtachtung der Anträge um Errichtung von polnischen Minderheitsschulen im Kreise Bütow (Pommern). Fall: Platenheim, Gröbenzin, Rudolfswalde“. Zunächst (weil dadurch der Fall so deutlich wie nur möglich beleuchtet wird) das Schreiben des Reichserziehungsministers vom 6. Mai 1935 an den Verband Polnischer Schulvereine Deutschlands:

„Ich stelle anheim, dem Herrn Regierungspräsidenten in Köslin Einzelanträge auf Wiedereröffnung der Minderheitsschulen in Platenheim, Rudolfswalde und Gröbenzin vorzulegen. In den Anträgen ist anzugeben, für welche Lehrer die Unterrichtsurlaubnis erbeten wird. Da nach den bisher im Bezirk Köslin gesammelten Erfahrungen die Zahl der in die Minderheitsschulen tatsächlich eingetretenen Kinder vielfach nicht unwesentlich hinter der Zahl der zunächst angemeldeten Kinder zurückgeblieben ist, werden Sie vor Zulassung der Schule in jedem einzelnen Falle den Nachweis erbringen müssen, daß die für einen geordneten Schulbetrieb unbedingt erforderliche Zahl volksschulpflichtiger Kinder (mindestens 7 Kinder verschiedener Familien) tatsächlich vorhanden ist.“

Auffallenderweise stellt daraufhin der polnische Schulverband in seinem auf dieses Schreiben bezugnehmenden Antwortschreiben vom 21. Juni 1935 nur noch den Antrag auf Eröffnung einer privaten katolischen Volksschule in Platenheim, Kreis Bütow. Gröbenzin und Rudolfswalde werden nicht mehr erwähnt. Offensichtlich doch wohl nur, weil die vorgeschriebene Mindestzahl von 7 Kindern nicht vorhanden war. In dem nun folgenden ausgedehnten, seitens der deutschen Behörden mit erstaunlicher Geduld und Höflichkeit geführten Briefwechsel weigert sich der Verband Polnischer Schulvereine Deutschlands, dem Regierungspräsidenten von Köslin gegenüber den Nachweis zu führen, daß die vorgeschriebene Mindestzahl von 7 Kindern tatsächlich vorhanden ist. Der Minister wird nochmals bemüht und dann wieder der Regierungspräsident. Der Fall bleibt schließlich unerledigt. Der Briefwechsel schließt mit einem eingehenden Schreiben des Reichserziehungsministers vom 13. Dezember 1935, in dem es am Schluß folgendermaßen heißt:

„Ich teile die Auffassung des Herrn Regierungspräsidenten. Demgemäß stelle ich Ihnen anheim, den erforderlichen Nachweis nach seinen Weisungen zu erbringen. Ihre Auffassung, die von dem Herrn Regierungspräsidenten an Sie ergangene Aufforderung, die Namen der nach Ihrer Meinung für die Minderheitsschule in Platenheim in Betracht kommenden Kinder zu nennen, stehe im Widerspruch mit den Bestimmungen der Minderheitsschulverordnung vom 31. Dezember 1928, geht fehl.“

Und über dem allem steht die oben erwähnte anmaßende Ueberschrift. So werden „Leiden“ des polnischen Volkssplitters in Deutschland konstruiert, die eher schon polnische Schikanen gegenüber den deutschen Behörden genannt werden müßten. Es wäre höchste Zeit, dieses Problem auch von polnischer Seite behertzt anzufassen und eine Generalvereinigung aller Volkstumsfragen, *z. B. der polnischen Volkssplittler*, Seite wiederholt angefragt wurde, auf dem Wege ehlicher direkter Aussprache und Vereinbarung vorzunehmen, damit endlich einmal den Brunnenvergiftern, die an der Störung der deutsch-polnischen Beziehungen interessiert sind, das Wasser abgegraben wird.

Die sudetendeutsch-tschechische Verständigungskomödie

Der tschechische Staatspräsident Dr. Beneš hat sich kürzlich in einer Rede in Olmütz zur außen- und innenpolitischen Lage der Tschecho-Slowakei geäußert. Er sprach davon, daß seiner Meinung nach die Verschiedenheit der innenpolitischen Regime in Zukunft die zwischenstaatlichen Spannungen nicht mehr steigern werde, da überall die Ueberzeugung an Boden gewinne, daß sich durch Druck von außen die innere Struktur der Staaten nicht ändern lasse. Schon vorher und dann im Zusammenhang mit dieser Rede, insbesondere aber im Hinblick auf die latente innenpolitische Krise der Koalitionsregierung, die sich leßthin durch einen Zuckerskandal stark kompromittiert hat (verbilligter Zucker wurde zum Seelenfang unter den Parteianhängern verwendet, die Parteien verdienten daran Riesenträge, und obendrein wurde der Staat um große Summen betrogen), sind Gerüchte von einem bevorstehenden grundlegenden Kurswechsel in der tschechischen Außenpolitik aufgetaucht.

Man könnte den Worten des Präsidenten Glauben schenken, denn auch eine späte Erkenntnis ist anerkennenswert und nützlich. Man könnte vergessen, daß es seit den Pariser Friedensverhandlungen keine politische Konstellation gegeben hat, in der nicht die Tschecho-Slowakei auf Seiten derer zu finden war, die alle in Europa auftauchenden Schwierigkeiten nur durch die Knebelung und Niederhaltung Deutschlands zu lösen versuchten; daß die Tschecho-Slowakei durch ihre Bündnis- und Einkreisungspolitik in erheblichem Maße daran beteiligt war, Europa in zwei Lager zu spalten; daß die Tschecho-Slowakei sich dazu hergegeben hat, ein Aufmarschgebiet für alle jene unsauberen Elemente zu werden, die keine andere Lebensaufgabe sehen als die, gegen das Dritte Reich zu hetzen.

In derselben Olmüzer Rede hat sich aber Dr. Beneš etwas geleistet, was so recht deutlich die anscheinend unüberwindliche Kluft erkennen läßt, die sich in diesem Staat — vielleicht weil er so „vorbildlich demokratisch“ ist — zwischen Worten und Taten immer wieder aufstut. Der Zeitpunkt war nicht gerade günstig gewählt, ausgerechnet jetzt auf das zwischen der tschechischen Regierung und der sudetendeutschen Bevölkerung angeblich abgeschlossene Einvernehmen hinzuweisen, das, wie Beneš betonte, ehlich durchgeführt werde. Man kann nicht anders, man muß hier schon von einer Verständigungskomödie sprechen, die gegenüber dem Sudetendeutschtum und der Welt gespielt wird.

Unter jenem „Einvernehmen“ meint Dr. Beneš die Februarvereinbarungen, die die Prager Regierung mit den deutschen Splitterparteien — den sogen. aktivistischen Parteien: den Sozialdemokraten, Klezikalen und Landbündlern — geschlossen hat. Die Vereinbarungen enthalten Versprechungen der Prager Regierung, den Wünschen der deutschen Volksgruppe entgegenzukommen, die verfassungsmäßig garantierten Rechte einzuhalten und die Mißstände in der staatlichen Verwaltung zu beseitigen, lauter unverbindliche papierene Erklärungen ohne Durchführungsgarantie. Die große Masse des Sudetendeutschtums stand diesen Vereinbarungen fern. Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, hat in einer großen Kundgebung in Aussicht dieses Täuschungsmanöver, zu dem die deutschen Splitterparteien sich hergaben, scharf zurückgewiesen und die Grundforderungen des Sudetendeutschtums in unmißverständlichster Weise formuliert. Die Sudetendeutsche Partei ging noch weiter. Sie brachte im Prager Parlament Gesetzesanträge ein, deren Zweck es ist, eine „gerechte Völkerordnung im Staate“ herzustellen.

Inzwischen hat sich der ganze Schwindel der Prager Verständigungskomödie in einer Weise enthüllt, die wohl auch den deutschen „aktivistischen“ Splitterparteien Gelegenheit geben wird, darüber nachzudenken, daß sie es waren, die der Prager Regierung die so sehr begehrte Larnkappe des deutsch-tschechischen Einvernehmens

in die Hand gegeben haben, von der Beneš jetzt wieder so geschickt und scheinheilig Gebrauch gemacht hat.

Noch klingt die Empörung nach über die Verweigerung der Ausreise der Ferienkinder aus den sudetendeutschen Grenzgebieten, die Gelegenheit gab, auf die wirklichen Zustände im sudetendeutschen Lande hinzuweisen, auf die brutale Rückstichlosigkeit, mit der die Tschechen den Volkstumskampf gegenüber dem Deutschtum führen (vgl. den Artikel: „Demokratische“ Brutalität, „Mißland“ Nr. 16 vom 15. August 1937). Nun plötzlich bemerken auch die deutschen Splitterparteien, daß die Prager Regierung „wortbrüchig“ geworden ist. Der Prager „Sozialdemokrat“ und der Karlsbader „Volkswille“ beklagen sich darüber, daß in dem deutschen Städtchen Schönfeld in Böhmen, in dem es keine schulpflichtigen Kinder gibt, deren Eltern sich zur tschechischen Nationalität bekennen, eine tschechische Schule errichtet werden soll. Der „Volkswille“ ist sogar noch ehrlicher, denn er stellt bei dieser Gelegenheit fest, daß das Abkommen vom 18. Februar d. J. von tschechischer Seite systematisch verletzt werde. Der Fall Schönfeld, so kraß er auch die tatsächliche Einstellung der Tschechen zu der deutschen Volksguppe beleuchtet, würde zu einer solchen Behauptung nicht ausreichen, und es sind denn auch noch eine Reihe anderer Fälle bekannt geworden, von denen hier ein paar festgehalten werden sollen.

Da wird in dem deutschen Ort Sablat bei Prachatitz eine tschechische Bürgerschule errichtet, obwohl unter den 400 Einwohnern sich nur eine Handvoll Tschechenkinder befinden, die noch nicht einmal eine Schulklasse füllen können. Die Errichtung einer deutschen Bürgerschule in Kremnitz dagegen, zu der sich 92 deutsche Schüler angemeldet haben, wird unter dem widersinnigen Vorwand abgelehnt, daß die Schülerzahl zu gering sei. In den Orten Podersam und Jägersdorf werden tschechische Realgymnasien erbaut, in Bilin eine tschechische Lehrerbildungsanstalt, in Karlsbad eine tschechische Handelsakademie. Auch auf dem Gebiete der staatlichen Verwaltung denken die Tschechen gar nicht daran, ihre Versprechungen einzuhalten.

Im Bezirk Neuzemberg, wo die Tschechen kaum sich zehnten der Bevölkerung ausmachen, forderten die deutschen „aktivistischen“ Splitterparteien unter Berufung auf das Februarabkommen, daß ein Deutscher den frei gewordenen Posten des Bezirkshauptmanns erhalte. Aber ein Tscheche wurde ernannt. Ähnlich liegt der Fall in der Stadt Hombok, die zu 70 v. H. deutsch ist — auch hier wurde ein tschechischer Sozialdemokrat zum kommissarischen Bürgermeister ernannt, während nach dem Februarabkommen ein Deutscher diesen Posten hätte erhalten müssen. Im kerndeutschen Gebiet um Eger wurde, als kürzlich die Egerer Polizeidirektion zahlreiche Hilfsbeamte einstellte, nicht ein einziger Angehöriger des deutschen Volkstums berücksichtigt.

Warum bemerken eigentlich die deutschen Splitterparteien plötzlich, daß die Prager Regierung „den Geist des 18. Februar systematisch verletzt“, und wer sind die Leute, die diese „deutschen“ Parteien, die Verrat an der deutschen Sache üben, führen?

Seit längere Zeit sind in einer großen Zahl sudetendeutscher Gemeinden die Gemeindevahlen fällig. Sie werden aber immer wieder aufgeschoben und sollen jetzt „stapenweise“ durchgeführt werden. In dankenswerter Offenheit verrät das tschechische Blatt „Narod“, wer die tschechische Regierung dazu antreibt: „Besonders laut betonen die deutschen aktivistischen Parteien, daß bei Durchführung der Wahlen im Herbst das aktivistische Lager geschwächt hervorgehen würde, weil die Februarvereinbarungen mit der Regierung sich in der deutschen Bevölkerung noch nicht eingelebt haben.“ Noch nicht eingelebt! — eine wirklich unwiderstehliche Formulierung dafür, daß vielen irreführten Sudetendeutschen, die diesen Splitterparteien seinerzeit das Vertrauen geschenkt haben, die Augen aufgegangen sind.

Aber, so fragt man sich, warum kleben denn die sauberen Repräsentanten dieser deutschen „aktivistischen“ Parteien so hartnäckig an ihren Ministeresseln, nachdem sie selbst eine systematische

Verletzung des Februarabkommens seitens der Tschechen festgestellt haben? Was sind das für Leute, die diesen Verrat an der volksdeutschen Sache betreiben, die sich dazu hergeben, die tschechischen Unterdrückungsmethoden gegenüber dem Sudetendeutschtum zu tarnen? Es sind keine Deutschen. Minister Spina — der Name ist tschechisch und bedeutet auf deutsch „Schmutz“ — ist von Vaterseite Tscheche. Sein Vater war Fleischhauer, dann Viehsteinischer Hofmeier in Ltnacka, dem früheren deutschen Markt-Lärnau im Schönhengstgau in Mähren, wo Spina geboren ist, sprach selbst im hohen Alter nur ganz gebrochen deutsch, bekannte sich stets zum tschechischen Volkstum und war einer von denen, die wesentlich zur Tschechisierung der ehemals deutschen Gemeinde beigetragen haben. Die Mutter des Ministers stammt zwar aus einer deutschen Familie — sie ist eine geborene Krööl —, spricht aber besser tschechisch als deutsch. Spinas Schwester lebt in Markt-Lärnau mit einer Tschechin im gemeinsamen Haushalt und bekennt sich heute noch zum tschechischen Volkstum. Im Verkehr mit seiner Mutter und Schwester in seinem Heimatort bedient sich der Minister, auch auf der Straße, der tschechischen Sprache. Er hat sich nie Mühe darum gegeben, daß die dem deutschen Volkstum treu gebliebenen Mitglieder seiner Heimatgemeinde eine deutsche Schule erhielten. Der zweite angeblich deutsche Minister, Zajicek, ist Kroat. Solange er den Ministerstuhl noch nicht erreicht hatte und sich nur als Abgeordneter um die christlich-sozialen deutschen Wähler bemühte, ließ er das slawische Häkchen auf seinem Namen verschämt verschwinden. Als er Minister wurde, kam es wieder zum Vorschein. Der dritte, den Sudetendeutschen angekehrte Minister, Czech, ist polnischer Jude. Es ist nicht weiter verwunderlich, daß die Sozialdemokraten daran keinen Anstoß nehmen.

Diese „deutschen“ Minister dürfen und wollen für das sudetendeutsche Volk nur soviel erreichen, wie ihnen ihre tschechischen Freunde aus freien Stücken zubilligen, um solange wie möglich ihren Betrug am Sudetendeutschtum fortzusetzen. Damit diese drei Minister aber nicht etwa aus Furcht, daß ihre Parteianhänger zu der Sudetendeutschen Partei Henleins überschwanken, für das sudetendeutsche Volk mehr tun könnten, als den Tschechen lieb ist, hat man zwei von ihnen — Spina und Zajicek — zu Ministern „ohne Geschäftsbereich“ gemacht, das heißt zu Ministern, die in keinem Amt etwas zu sagen haben, und den dritten, Czech, aus dem Arbeitsministerium, wo er den Forderungen „seiner“ deutschen sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber eine zu große Nachgiebigkeit zu zeigen begann, schleunigst in das der Arbeiterschaft fernstehende Gesundheitsministerium abgeschoben. Wohl dürfen einige unbedeutende Staatsbeamtenposten und einige kleinere Staatslieferungen an Angehörige der sudetendeutschen Splitterparteien vergeben werden. Das ist für die Tschechen ungefährlich. Der deutsche Staatsbeamte wird in seinem Amte sehr bald seinem Volkstum entfremdet, der deutsche Industrielle muß, wenn er auch nur die kleinste Staatslieferung bekommt, tschechische Arbeiter und Beamte in seinem Unternehmen aufnehmen.

Der „Geist des Abkommens vom 18. Februar“ zeigt sich und nun in einem ganz neuen Licht. Täuschung auf tschechischer Seite, Verrat von Seiten der „deutschen“ Repräsentanten der sudetendeutschen Splitterparteien haben bei dieser sudetendeutschtchechischen Verständigungskomödie Pate gestanden. Von vornherein war auf beiden Seiten Unehrllichkeit im Spiel. Die taurige Halbjahresbilanz des Februarabkommens wird dazu führen, daß sich das Sudetendeutschtum noch geschlossener um die Partei schart, die unser Konrad Henlein ehrlich und mit vollem Einsatz von Gut und Blut für die Lebensrechte des „weiten Staatsvolkes“ in der Tschecho-Slowakei — wie der Außenminister Dr. Krofta das sudetendeutsche Volk in seiner Karlsbader Rede genannt hat — kämpft. Das Sudetendeutschtum läßt sich weder übersehen, noch ausschalten, noch durch papierene Versprechungen bestärken. Es wird seinen Weg entschlossen weitergehen, trotz dieser verräterischen „deutschen“ Minister — und eines Tages ohne sie!

Die Zborowfeier in der Tschecho-Slowakei

Ein Beitrag zur Legendenbildung

In allen größeren Orten der Tschecho-Slowakei wurden in der ersten Julihälfte Zborowfeiern mit Truppenparaden, unter Beteiligung der obersten Staatsbeamten und militärischen Führer, veranstaltet. In Prag leiteten 21 Kanonenschüsse die Feier ein, an der Präsident Beneš als Oberbefehlshaber der Wehrmacht, alle in Prag anwesenden Minister und diplomatischen Vertreter mit dem päpstlichen Nuntius und zahlreiche ausländische Gäste, darunter der in den Oststaaten jetzt auffällig geschäftige Paul Boncour, teilnahmen. Der Verteidigungsminister Machnik, bekannt durch seinen, gegen die Sudetendeutschen gerichteten, auf die Völkerbundbeschwerde der Sudetendeutschen Partei dann abgelegneten Machnikerlaß, rühmte in einer Ansprache den „Wehrhaftigkeitsgedanken, geleitet vom Geiste der Ueberlieferung von Zborow“, die Post gab besondere Zborowmarken, die staatliche Labatverwaltung sogar Zborowzigaretten heraus, die jedoch, da auch die tschechischen Raucher sich nicht bloß mit dem blauen Dunst zufrieden geben, wenig Anklang finden. Beneš betonte in einem Armeebefehl nachdrücklich die „soldatische Tapferkeit und Ehre“. Der einfache Mann aus dem tschechischen Volke fann sich die Tapferkeit und Ehre der Zborowkämpfer und den Geist ihrer Ueberlieferung nicht hoch und heldenhaft genug ausmalen. Doch näher befragt, weiß er von nichts.

Wer waren nun diese „Helden“ von Zborow, die vor zwanzig Jahren sich in ihrem Volke unsterblich gemacht haben?

Der Altpräsident Masaryk hatte die Zborowlegende in seinem Werke „Die Weltrevolution“ aufgebracht, wo er auf Seite 166 ff. den „Sieg der tschechischen Brigade bei Zborow“ preist, die „nicht nur ihre Tapferkeit, sondern auch ihre strategische Geschicklichkeit bewies“. Nun, Masaryk ist gewiß kein militärischer Fachmann, er war damals auch sehr weit vom Schuß.

Ein zuverlässiger Augenzeuge der ostgalizischen Kämpfe vom 2. bis 26. Juli 1917, der damalige Generalstabschef im deutschen Abschnittskommando Jlogow, Oberst Rudolf Franz in Kassel, schildert die tatsächlichen Vorgänge nach seinem Kriegstagebuch.

Ostgalizien war im Sommer 1917 noch der einzige vom Feinde besetzte Landstrich der verbündeten Mittelmächte. Deutsche und österreichisch-ungarische Truppen bildeten gemeinsam die Abwehrfront, die sich von Jlogow, einem kleinen Orte östlich von Lemberg, nach Süden bis zur Ortschaft Konjuhyn, westlich von Larnopol, hinzog, wo sie Anschluß an die deutsche Südarmee hatte. Am linken Flügel, also im Norden der Front, stand die ungarische 33. Division, anschließend die deutsche 197. Division, die am 2. Juli durch die aus sächsischer Landwehr und Ersatzeinheiten bestehende 96. Division verstärkt wurde, die Mitte der Front, gegenüber der Ortschaft Zborow, bildete das österreichische 9. Armeekorps, zu dem die 37. Brigade gehörte, die aus den beiden tschechischen Regimentern 35/Pilsen und 75/Neuhaus bestand. Dann folgte gegen den rechten Flügel zu die österreichische, aus Bosniaken bestehende 38. Brigade, die am 1. Juli eingeseht 223. deutsche Division und die Truppen des österreichischen 25. Armeekorps.

Bereits im Juni war die Zahl der Ueberläufer aus der 37. Brigade außerordentlich hoch. Die Russen hatten, wie sich später herausstellte, gegenüber dieser tschechischen Brigade ihre aus tschechischen Ueberläufern und Gefangenen zusammengesehte tschechische Legion eingeseht.

Am 2. Juli, berichtet Oberst Franz, eröffneten die Russen auf die deutsche und österreichische Front ein heftiges Feuer, mit einziger Ausnahme der 37. Brigade. Dort war kein Schuß gefallen. Verrat war im Spiele. Als die tschechische Legion hier anging, leistete die Masse der Regimente 35 und 75 keinen

Widerstand, sondern ging, offensichtlich verabredetermaßen, zum Feinde über. Sächsishe Landwehr erschien in der von den Ueberläufern gerissenen 12 Kilometer breiten Lücke und brachte den Vormarsch zum Stehen.

Das also ist der vom Glorionschein umgebene „siegreiche Durchbruch der Tschechen durch die Frontlinie der Mittelmächte“. So steht in Wirklichkeit die „Tapferkeit und Ehre“ und die „strategische Geschicklichkeit“ der tschechischen Zborowkämpfer aus, die der Armeebefehl des Präsidenten und der Verteidigungsminister der tschechischen Wehrmacht als Vorbild hinstellen. Das ist die Wahrheit von Zborow. Im tschechischen Staatswappen steht der Spruch: Die Wahrheit siegt.

Ostland-Chronik

Deutsche Arbeiter in Ostoberschlesien brotlos

Wegen angeblicher „Unfähigkeit“ wurden von der Verwaltung der Friedenshütte nach und nach 61 deutsche Arbeiter entlassen. Der Betriebsrat weigerte sich, die Rechte der Entlassenen pflichtgemäß zu vertreten. Ein Einspruch beim Demobilisationskommissar blieb erfolglos. Der Kommissar erklärte, daß in diesem Falle kein Grund zum Einschreiten vorliege, „da die Entlassung der Arbeiter in Form eines Austausches vorgenommen und die Belegschaft der Hütte dadurch nicht vermindert wurde“. Es kam dann zu Verhandlungen vor dem zuständigen Arbeitsinspektor in Königshütte, zu denen als Beauftragter des Werkes der Personalchef erschienen war, während die Gewerkschaft der deutschen Arbeiter durch Gewerkschaftssekretär Knappf und durch das frühere deutsche Betriebsratsmitglied der Friedenshütte, Lenarth, vertreten war. Lenarth konnte erdrückendes Beweismaterial dafür beibringen, daß der wahre Grund der Entlassung in der Volkszugehörigkeit der Arbeiter zu suchen ist. Beachtlich ist, daß der Arbeitsinspektor nach eingehender Beratung den Standpunkt der Gewerkschaft deutscher Arbeiter indirekt billigte, indem er den Vorschlag machte, die Friedenshütte solle die 61 Entlassenen wieder einstellen und dadurch den Streitfall auf gütlichem Wege beilegen. Der Vertreter der Hütte setzte sich jedoch diesem Vorschlag entschieden entgegen. Da der Arbeitsinspektor in derartigen Streitfällen keine bindende Entscheidung treffen kann,

mussten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden. Um den wahren Entlassungsgrund zu verschleiern, scheute der Vertreter der Friedenshütte nicht davor zurück, deutsche Arbeiter, die seit über zwanzig Jahren in treuer Pflichterfüllung und zur vollsten Zufriedenheit der Vorgesetzten ihrer Beschäftigung nachgegangen sind, in der niederträchtigsten Weise zu verleumden. Erneut kam er mit der „Begründung“, die Hüttenverwaltung habe etwas gegen die vielen Unfälle mit tödlichem Ausgang unternehmen müssen. An Stelle der deutschen Arbeiter seien neue Arbeiter eingestellt worden, die eine vierzehntägige Probezeit durchgemacht hätten. In Wirklichkeit hat aber seit Jahren kein deutscher Arbeiter in der Friedenshütte einen Unglücksfall verschuldet, während im letzten Monat nicht weniger als vier Unfälle mit tödlichem Ausgang zu verzeichnen gewesen sind. Der als Vorstand zur Entlassung benutzten „Begründung“ widersprechen auch die tadellosen Zeugnisse, die die Friedenshütte den Entlassenen ausgestellt hat, und in denen es am Schluß heißt: „Seine Führung hat zu Klagen keinen Anlaß gegeben“.

Wie in vielen vorausgegangenen Fällen, so hat man also auch hier bei der Verfolgung des Zieles der Deutschenverdrängung zu unaufrichtigen Methoden seine Zuflucht genommen, zu dem Mittel der berüchtigten Verleumdung braver deutscher Qualitätsarbeiter.

Dem Beispiel der Friedenshütte ist nun auch die Bismarckhütte gefolgt. 24 deutsche Arbeiter, die gleichfalls

jahrelang in dem Werk tätig waren, zum Teil Familienväter mit mehreren Kindern, erhielten die Kündigung zugestellt. Unter ihnen befinden sich auch mehrere Kriegsverletzte. Auf die Abteilung des Werkes, in denen diese 24 Deutschen Arbeiter beschäftigt waren, finden die Demobilisierungsvorschriften keine Anwendung, so daß die Entlassenen keine Möglichkeit haben, irgendwelche Rechtsmittel gegen die Kündigung anzuklagen.

Schwierigkeiten im obereschlesischen kleinen Grenzverkehr

Auf Grund der zwischen der deutschen und der polnischen Regierung im Juli d. J. geführten Verhandlungen tritt nach Ablauf der Genfer Konvention an Stelle der Verkehrskarte der Grenzausweis. Nicht im Grenzbezirk wohnende Personen, die bis zum 14. August 1937 im Besitze einer Verkehrskarte waren, sollen einen verbilligten Reisepaß erhalten. Die Grenzausweise werden gemäß den Bestimmungen des zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen im Jahre 1931 getroffenen Abkommens über Erleichterung im kleinen Grenzverkehr erteilt, das im Jahre 1932 ratifiziert worden ist. Nach diesem Abkommen ist ausschließliche Voraussetzung für den Anspruch auf Erteilung eines Grenzausweises, daß die betreffende Person im Grenzbezirk ihren Wohnsitz hat oder sich wenigstens drei Monate im Grenzbezirk aufhält. Auf Grund des Schlußprotokolls zum Grenzabkommen können aber die Behörden der vertragschließenden Teile die Ausstellung des Grenzausweises auf Grund der jeweils geltenden Paßvorschriften verweigern. Es liegen nun sehr zahlreiche Fälle vor, in denen die polnischen Behörden die Erteilung eines Grenzausweises unter Berufung auf die Bestimmungen des polnischen Paßgesetzes vom 14. Juli 1936 verweigern. Nach Artikel 3 des Paßgesetzes, auf den man sich polnischerseits beruft, liegen die Gründe der Verweigerung in der Person des Antragstellers. Obwohl die Voraussetzungen der Anwendbarkeit dieser gesetzlichen Bestimmungen in vielen Fällen nicht gegeben sind, wird dennoch von den polnischen Ausstellungsbehörden davon Gebrauch gemacht, um Antragsteller, die einen berechtigten Anspruch auf den Grenzausweis haben, abzulehnen. Es bleibt zu hoffen,

daß eine andere Handhabung der polnischen Paßbestimmungen erreicht werden kann, zumal eine offizielle Erklärung der polnischen Regierung vorliegt, wonach bei der Erteilung des Grenzausweises weitestgehendes Entgegenkommen gezeigt werden soll.

Zum Kanalbauprojekt Bromberg-Ödingen

Aus Prestigegründen und um Danzig zu schädigen und gefügig zu machen, hat Polen schon einmal riesige Kapitalien fehlgeleitet. Der Ausbau des Ödinger Hafens und der Kohlenmagistrale Ostoberschlesien—Ödingen hat riesige Summen gekostet, die in gar keinem Verhältnis zu der Wirtschaftskraft des Landes stehen und besser zur Stärkung des Binnenmarktes, zur Linderung der Arbeitslosigkeit und der Not in den überbevölkerten bäuerlichen Gebieten hätten verwendet werden können. Fast schien es so, als wollte Polen zu einem neuen, sehr kostspieligen und im Erfolg zweifelhaften Schlag gegen Danzig ausbrechen. Durch die Presse gingen Nachrichten über den Plan eines Kanalbaues Bromberg—Ödingen, durch den Ödingen die Weichselstrachten an sich bringen möchte. Von der Ödinger Handelskammer war eine Konferenz einberufen worden, um über das neue Kanalbauprojekt zu beraten. Aber diesmal haben die maßgebenden und verantwortlichen Stellen eingesehen, daß Polen dringendere Aufgaben zu erledigen hat, und das Projekt wurde zu den Akten gelegt. Es ist möglich, daß dieser Kanalbauplan von Zeit zu Zeit wieder auftauchen wird, an eine Realisierung ist aber in absehbarer Zeit nicht zu denken. 300 Millionen Floty sind schließlich keine Kleinigkeit, wenn man bedenkt, daß das im vorigen Jahre veröffentlichte polnische Wasserstraßen-Bauprogramm, das nur die allerdringlichsten Wasserbauten berücksichtigt, und auf fünf Jahre berechnet ist, mit einem Gesamtaufwand von „nur“ 168 Millionen Floty rechnet. Der neue Kanalbau hätte also den ganzen polnischen Wasserbauten-Fünfjahresplan über den Haufen geworfen, der folgende Arbeiten vorsieht: 1. Die Regulierung der Weichsel und den Ausbau aller Einrichtungen, die darauf abzielen, die Schifffahrt auf dem (zur Zeit ganz versandeten) Weichselstrom zu ermöglichen, 2. den Bau von Wasserspeichern und die Ausnutzung

der Wasserkräfte, 3. die Instandsetzung der östlichen Wasserstraßen, 4. die Instandsetzung der westlichen Wasserstraßen und 5. die Instandhaltung und den Betrieb des gesamten Wasserstraßennetzes und die Unterhaltung des Schiffsportes.

Zur deutschen Grenzonen-Verordnung

Am 1. September d. J. tritt die Durchführungsvorordnung in Kraft, die der Reichsminister des Innern zum Befehl über die Sicherung der Reichsgrenze und über Vergeltungsmaßnahmen vom 9. März 1937 erlassen hat. Nach der Verordnung ist der Erwerb von Grund und Boden jeder Größe in einer Reihe von Kreisen an der deutschen Grenze genehmigungspflichtig. Durch die Verordnung wird kein Ausnahmezustand gegenüber Ausländern oder Fremdbörslichen geschaffen, sondern generell die Möglichkeit, staatsgefährlichen Elementen die Ansiedlung an der Grenze zu verbieten. Deutschland hat sich zu dieser Maßnahme entschlossen, um das grenzpolitische Gleichgewicht gegenüber den benachbarten Staaten herzustellen, insbesondere gegenüber Polen und der Tschechoslowakei, die ähnliche Grenzonenbestimmungen bereits eingeführt haben. Ist es nicht ein Zeichen des schlechten Gewissens, wenn die „Polka Zachodnia“ die deutsche Verordnung einen „neuen Vorstoß gegen die Polen in Deutschland“ nennt und andere polnische Zeitungen ebenfalls ein hysterisches Geschrei um die deutsche Grenzonenverordnung anheben? Jede deutsche Abwehrmaßnahme, und stehe sie auch in keinem Verhältnis zu den vorausgegangenen viel schärferen polnischen Maßnahmen, wird als feindseliger Akt gegen die Polen hingestellt und zur Erübung der deutschen polnischen Verständigung ausgenutzt.

Ein Schulbeispiel für den Leidensweg der deutschen Zeitungen in Polen

Im Abwehrkampf gegen die Vergewaltigung der elementarsten Lebensrechte der deutschen Volksgruppe in Polen steht die deutsche Zeitung in der vordersten Front. Die sachliche, streng auf dem Rechtsboden stehende, sich nur auf Verteidigung und Notwehr beschränkende Haltung der deutschen Presse in Polen ist bekannt. Lediglich werden oft

aus den wichtigsten Anlässen die Machtmittel des Staates gegen sie eingesetzt: Beschlagnahmen und Verbote, Geldstrafen, Freiheitsstrafen. Nicht allen Zeitungen mag es dabei so schlimm ergehen, wie dem in Königsbrunn erscheinenden „Oberschlesischen Kurier“, der in einer Rückschau über die unter der Genfer Konvention geleistete Arbeit eine Bilanz seiner Leiden zieht. Von den 353 Presseprozessen, die im Verlauf von 15 Jahren gegen den „Oberschlesischen Kurier“ angestrengt wurden, endeten 193 mit einem Freispruch oder mit der vorzeitigen Einstellung des Verfahrens, in 98 Fällen wurde der verantwortliche Schriftleiter mit einer Geldstrafe belegt, in 6 Fällen erhielt er Freiheitsstrafen, 4 Prozeßverfahren endigten mit einem Vergleich, eines mit der Schließung der Druckerei, in 47 Fällen wurde die Beschlagnahme aufrechterhalten.

Nochmals: der Fall Scherpingen

Ueber den Tatbestand ist bereits berichtet worden: der Verein „Töchterheim Scherpingen e. V.“, der einer Danziger Frauenschule gehört und in das Danziger Vereinsregister eingetragen ist, hatte wegen fortgesetzter Diebstähle zu Schutzmaßnahmen gezwungen und einen der Diebe erwischt. Im Juni d. J. kam es darauf zu Ueberfällen einer polnischen Bande auf das Personal des Hauses. Statt nun die Schuldigen zu verhaften und zu bestrafen, wurden von der polnischen Polizei vielmehr Angestellte des Hauses verhaftet und die Auflösung des Vereins und die Räumung des Grundstückes vom Dirschauer Kreisstarosten verfügt. Der Danziger Senat legte dagegen Beschwerde ein. Inzwischen ist durch eine einseitige Maßnahme polnischer Stellen versucht worden, eine vollendete Tatsache zu schaffen, und dadurch eine außerordentliche Verschärfung des Konflikts eingeleitet. Durch Anordnung des Wojewodschaftsamtes in Thorn vom 13. August ist der Verein mit sofortiger Wirkung für das gesamte polnische Gebiet verboten und den Mitgliedern des Vereins jede weitere Betätigung untersagt worden. Eine Denunziation, wonach der Verein Scherpingen Beziehungen zur Jungdeutschen Partei unterhält, hat genügt, die polnischen Behörden zu dieser rigorosen Maßnahme, durch die die

Erträge des landwirtschaftlichen Betriebes des Vereins vernichtet und der Besitz entwertet wird, zu veranlassen. Der Danziger Senat hat in einer dem diplomatischen Vertreter der Republik Polen in Danzig, Minister Chodacki, übermittelten Note scharfsten Protest gegen die neuen polnischen Maßnahmen eingelegt. Danzig ist nicht gewillt, dieses einem Danziger Verein auf polnischem Boden zugefügte Unrecht und die von polnischer Seite geschaffene vollendete Tatsache hinzunehmen, durch die das Danzig-polnische Verhältnis einer, wie man annehmen sollte, für beide Teile unerwünschten Belastung ausgesetzt wird. Die Vermutung ist nicht von der Hand zu weisen, daß der Fall Scherpingen die Danziger Behörden veranlassen wird, sich einmal etwas genauer mit der Tätigkeit der polnischen Vereine auf Danziger Boden zu befassen.

Tschechischer Seelenfang mit wirtschaftlichen Druckmitteln.

Die Tschechen lassen keine Gelegenheit vorübergehen, vor der Welt die „vorbildlichen demokratischen Regierungsmethoden“ ihres Landes in das rechte Licht zu rücken. So hat kürzlich der tschechische Kultusminister in einem Vortrag vor dem Pariser Pädagogenkongress u. a. die Behauptung aufgestellt, daß in der Tschechoslowakei „Jedes Kind in seiner Muttersprache Unterricht genießt“. Diese lägenhafte Behauptung veranlaßte den Senator Frank von der Sudetendeutschen Partei, eine Eingabe an den Prager Schulminister zu richten, in der er unter Zugrundelegung der Schulziffern seines Wahlkreises Marienbad nachweist, wie es in Wirklichkeit um den Unterricht der sudetendeutschen Kinder bestellt ist. In den sechs Bezirken dieses Wahlkreises besuchen nicht weniger als 495 deutsche Kinder nicht deutsche Schulen, sondern die sogen. tschechischen Minderheitenschulen. Im Bezirk Mies besuchen diese Schulen: 124 deutsche und 46 tschechische Kinder, im Bezirk Plan 72 deutsche und 36 tschechische Kinder, im Bezirk Hartmannitz 72 deutsche und 16 tschechische Kinder, im Bezirk Hoflau 101 deutsche und 44 tschechische Kinder, im Bezirk Staab 97 deutsche und 88

tschechische Kinder, im Bezirk Bischofssteinitz 29 deutsche und 19 tschechische Kinder. Aus der Interpellation des Senators Frank geht hervor, wie es kommt, daß viele deutsche Eltern ihre Kinder in die tschechische Schule schicken. Die tschechischen Methoden, Seelenfang zu treiben, werden aufgedeckt. Zwei Beispiele nur, die kennzeichnend genug dafür sind, durch welche Mittel die notleidenden Sudetendeutschen gefügig gemacht werden sollen: in der Umgebung Tschekhaus wurde den Eltern, falls sie ihre Kinder in die tschechische Schule schicken, versprochen, daß ihre Kinder kostenlos im Autobus befördert und unentgeltlich Kost, Kleider und Schuhe erhalten würden; in Althütten wurde arbeitslosen Familienvätern angedroht, daß sie keine Beschäftigung als Straßenhüter oder Bauarbeiter erhalten würden, wenn ihre Kinder nicht die tschechische Schule besuchten. Die Wahrheit sieht also nicht so aus, wie sie der tschechische Kultusminister mit Unschuldsmiene und in schlauer Berechnung der Propagandawirkung in Paris dargestellt hat.

Es gibt kein tschecho-slowakisches Volk!

Die Tschechen suchen auch heute noch die These von dem tschecho-slowakischen Staat und Volk vor der Welt aufrechtzuerhalten, um damit die Tatsache zu verschleiern, daß in diesem Staat, den man einmal als ein „Retorten“-Produkt der Friedenadiklate bezeichnet hat, einer tschechischen Minderheit die „rechtmäßige“ Herrschaft über eine Mehrheit übertragen wurde, die sich zu anderem Volkstum bekennet. Kürzlich weilte nun der Führer der Slowaken, Prälat Hlinka, in Polen. Sein Aufenthalt in Rynnica, Zatojane und Neusandez gestaltete sich zu einer großen Freundschaftskundgebung der Polen für die Slowaken in der Tschecho-Slowakei. Hlinka hatte während seines Aufenthalts in Polen wichtige Besprechungen mit polnischen politischen Persönlichkeiten. Bei dieser Gelegenheit sprach sich Hlinka wieder einmal recht eindeutig über das Verhältnis der Slowaken zu dem tschecho-slowakischen Staat und Volk aus. „Wir fordern“, sagte Prälat Hlinka, „die Erfüllung des Vertrages von Pittsburg. Wir fordern die Autonomie für die Slowakei, wir fordern unser Parlament, unsere Gerichtsbarkeit, unsere Schulen und den Gebrauch der slowakischen Sprache in allen

Einrichtungen der Slowakei". Und in anderem Zusammenhang sagte Hlinka: „Wenn wir den tschecho-slowakischen Staat anerkennen, so erkennen wir doch niemals ein tschecho-slowakisches Volk an. Wir sind ein souveränes slowakisches Volk und das wollen wir bleiben.“

Der Stein des Anstoßes im polnisch-litauischen Verhältnis

Ende Juli—Anfang August fand in Vogelvang in Holland ein großes internationales Pfadfindertreffen statt. Polnische Pfadfinder drangen, als die meisten litauischen Pfadfinder gerade an einer Aufführung teilnahmen, in das litauische Zelt ein und rissen die Landkarte, auf der Wilna als von Polen geraubter Gebietsteil eingezeichnet war, in Stücke.

Keine litauischen Meeresfeiern in Memel

Nachdem von dem „Litauischen Verband des Westens" erklärt worden war, daß das Fest des Meeres in diesem Jahr aus gewissen Gründen ausfallen müßte, hatte der halbamtliche „Lietuvos Židas" Nachrichten über das Programm eines kleinen Seetages der litauischen Jugend gebracht. Entgegen dieser

Verlautbarung wird von der Zentralleitung des memelländischen litauischen Jugendverbandes „Santara" mitgeteilt, daß der Verband keine Vorbereitungen für diese Veranstaltung treffe. Den Litauern muß aber ein peinlicher Regierfehler unterlaufen sein. Darüber klagt der „Bakarai" in einem: „Nach dem Meerestage" überschriebenen Artikel. Eine solche Ueberschrift — schreibt das Blatt — ist vielleicht etwas lächerlich, dennoch haben wir das Recht, den 1. August so zu nennen. . . Es waren an diesem Tage etwa 1½ Tausend Gäste zusammengeströmt, viele Vereine, Ausflugsgruppen von Landwirten und Schülern, aus Kauen allein etwa 500 Soldaten . . . und was für ein Gefühl mußten unsere Gäste haben, die zum Teil Hunderte von Kilometern gefahren waren, ein schönes Programm erwarteten und nichts vorfanden. Niemand empfing sie, niemand zeigte ihnen etwas oder sagte ihnen wenigstens ein freundliches Wort. . . — Man kann es nur begrüßen, daß diese Gelegenheit, die ein wenig gemilderten deutsch-litauischen Spannungen im Memelgebiet wieder zu verschärfen, in einer für die Litauer allerdings „etwas lächerlichen" Weise vorübergegangen ist.

Bücher "über" den Osten

Oberschlesien. Das Land der Wälder und Eschote. Von Walter Krause. Heft 3 der „Schlesienbändchen". Verlag Fleming, Breslau/Deutsch-List 1936. 52 Seiten, 9 Bildtafeln. — Unter den vielen zusammenfassenden Darstellungen Oberschlesiens gehört diese wohl zu den besten und sorgfältigsten. Sie ist nicht, wie es meist der Fall zu sein pflegt, einseitig auf das Industriegebiet abgestellt, sondern stellt neben dieses gleichwertig die beiden anderen Landschaften, das fruchtbare Ackerland auf der linken und das weite, sandige Waldland auf der rechten Oberseite, so den Dreiklang des ober-schlesischen Landes erfüllend. Gut ist die Landschaft geschildert, lebhaft ist das Bild der ober-schlesischen Geschichte, vor allem das der deutschen Wiederbesiedlung des Landes entworfen. Sparsam und treffend sind die Striche, mit denen die Städte gezeichnet werden. Nützlich ist die besondere Hervorhebung der Hustenzeit, die dem Lande tiefe Wunden geschlagen hat. Brauchbar ist der Absatz, der die Entstehung der Industrie behandelt. Wichtig ist es, daß die allgemein-deutsche Wurzel des ober-schlesischen Brauchtums herausgestellt wird. Nützlich ist auch der kurze Einblick in das kulturelle Leben des ober-schlesischen Landes. Begrüßenswert ist

es, daß in der Schrift bereits durchgehend die deutschen Ortsbezeichnungen angewandt worden und daß dabei auch für die frühere Zeit das Vorhandensein eines reichen deutschen, erst in späterer Zeit polonisierten Ortsnamengutes (auch in Ostoberschlesien) an einer ganzen Reihe von Beispielen festgestellt wird. (Zu S. 36 sei vermerkt, daß sich das Grab des Begründers der ober-schlesischen Zinkindustrie, das der Verfasser als unbekannt bezeichnet, in dem deutschen Dorf Anhalt in Ostoberschlesien befindet.) Dr. R.

Der schlesische Berggeist Rübzahl. Von Joseph Klapper. Heft 4 der „Schlesienbändchen". Verlag Fleming, Breslau/Deutsch-List 1936. 54 Seiten, 9 Bildtafeln und mehrere Abbildungen im Text. — Schlesiens Berggeist ist eine echte Mythengestalt, vielleicht die einzige, die heute in Deutschland noch lebt. Der Verfasser hat es sich zur Aufgabe gesetzt, die mancherlei Abwandlungen, die diese Gestalt in der Vorstellung des Volkes und, seit mehreren Jahrhunderten, auch in der Literatur erfahren hat, zu verfolgen. Er weist die Beziehungen des schlesischen Mythos nach Mitteldeutschland nach, prüft die Herkunft des Namens „Rübzahl", gibt viele Proben aus den alten Sagen-sammlungen (Prätorius, Musäus u. a.), aus

den gelehrten Auseinandersetzungen über den Berggeist (Agricola, Schwenkfeld usw.) und zeigt so, wie das Bild des Ritzgeists, wie er noch heute in den Schul- und Kinderbüchern über Deutschland hinaus bekannt ist, allmählich entstanden ist. Die Bildbeilagen zeigen den Berggeist in verschiedenen Darstellungen, u. a. in der von Moritz von Schwind, in der sie in der Gegenwart vollständig ist. Die Schrift ist ein wertvoller und interessant geschriebener Beitrag zur schlesischen Heimat- und Volkstumskunde.

Dr. K.

Das alte Breslau. Eine gotische Großstadt. Von Rudolf Stein, Heft 1 der „Schlesienbändchen“. Verlag Flemming, Breslau/Deutsch-Lissa 1936. 58 Seiten mit 41 Bildern auf Kunstdruckpapier. — Knapp und anschaulich wird hier ein Bild von der schlesischen Hauptstadt, einst der zweitgrößten Stadt Deutschlands entworfen, in der Hauptsache ein Bild ihrer baulichen Entwicklung, von der interessante Blicke auf manche Einzelheiten der städtischen Rechtsverhältnisse geworfen werden. Das Rathaus, die großen Bürgerbauten und die bedeutendsten Kirchen werden als Zeugen der großen Vergangenheit Breslaus lebendig. Dr. K.

Die Stimme des siebenten Tages. Gedichte von Luise Meiner. Erull. Verlag „Der Oberschlesier“, Oppeln 1937. 29 Seiten. Preis gebunden 1.— RM. — Mit diesem schmalen, schmucken Bändchen tritt die in Gleiwitz geborene und in Neisse lebende Dichterin in den Kreis der Buchautorinnen ein. Willibald Köhler weist in seinem Vorwort auf die lyrische Verwandtschaft dieser Oberschlesierin, deren Vorfahren aus Medlenburg stammen, mit Eichendorff hin. In ihrer Preiße herrscht das Weiche, die Stimmung vor. Sie ist nicht für die Lage geschaffen, die „durch das Werk, durch reges Lan, durch rasche Hände“ reden, sondern für „den siebenten, den letzten, stillen Tag“. Dr. K.

Ostdeutscher Musealmanach. Herausgegeben von Wilhelm Wirsbick. Ostdeutscher Musealmanach-Verlag, Berlin 1936. 118 Seiten. Preis kart. 3.— RM. — Bekannte und weniger bekannte Dichter und Schriftsteller kommen in diesem Almanach zu Wort: Agnes Miegel, Mar Halbe, Friedrich Griefe, E. G. Kolbenheyer, Ernst Wiechert, Richard Euringer, Alfred Hein, Artur Brausewetter und etwa zwei Duzend andere. Gedichte, Erzählungen und kulturpolitische Skizzen wechseln einander ab. Die Zusammenstellung kann nicht befriedigen. Vor allem die junge ostdeutsche Dichtergeneration, für die ein Alma-

nach wie der vorliegende doch in erster Linie bestimmt sein sollte, hat wenig Berücksichtigung gefunden. Der Hauptton des Almanach liegt auf Schlesien, während das dichterische Schaffen der übrigen Teile des deutschen Ostens zu kurz kommt. So kann das Buch als Versuch, einen umfassenden Einblick in die ostdeutsche Dichtung der Gegenwart zu geben, nicht befriedigen. In einem 20 Seiten umfassenden Anhang werden Besprechungen meist ostdeutscher Bücher gegeben. Mehr kritische Sichte wäre hier am Platze gewesen. Die sechs Kunstdruckbeilagen stehen mit dem Inhalt des Buches in keinem ersichtlichen Zusammenhang. Dr. K.

Samland-Führer. Die ostpreussische Bernsteinküste. Von Bruno Hoffmann. Verlag Gräfe und Unzer, Königsberg/Pr. 1937. 102 Seiten. 16 Abbildungen und eine Uebersichtskarte. — Wie der im gleichen Verlage und in derselben Ausstattung erscheinende Wegweiser durch Majuten, so ist auch der vorliegende Führer durch das Samland mehr als eine Reise- und Wanderanleitung. Er ist ein Heimatbuch, das in seinem weitestgehenden Rahmen außer einer eingehenden Landschaftsbeschreibung auch einen Ueberblick über die erdgeschichtliche Entwicklung des Samlandes gibt, die Vorzeit und Geschichte, vor allem die Siebelungsgeichte dieses zwischen der Ostsee, den beiden Haffs, dem Pregel und der Deime eingeschlossenen Landblockes behandelt, über die Küstenerosion und den Küstenschutz und über die Entstehung und Gewinnung des Bernstein spricht und ein besonderes Kapitel auch der Stadt Königsberg widmet. Die Schrift vereinigt in glücklicher Form alles das in sich, was der an der Landeskunde Interessierte, wie das, was der fremde Erholungssuchende braucht. Dr. K.

Entesim. Vom Schicksal deutscher Frauen. Von Berggard von Malgahn. Hermann Eichblatt Verlag, Leipzig 1937. 40 Seiten. Preis geheftet 0,35 RM., gebunden 0,80 RM. — Neben einigen Gedichten enthält das Bändchen vier Erzählungen aus der Kriegszeit. Die Menschen sind mit wenigen, heißen Strichen gezeichnet; ein Mädchen, das am Sterbebett eines Schwerverwundeten die Stelle der Beaut vertritt, eine Schwester, die ihre Pflicht im Lazarett der Krämpel erfüllt, eine junge Soldatenwitwe, die für den gefallenen Herrschaftsohnen die Totenglocke läutet, und eine Bäuerin, die nach vier Kriegsjahren die Führung des Hofes in die Hände des Bauern zurücklegt. Die in Danzig lebende Schriftstellerin (die aus Vorpommern stammt) beweist eine hohe Kunst der Menschenschilderung. Dr. K.

Besucht den deutschen Osten

Fremdenverkehe in Schlesien. Der Fremdenverkehe in den Bader-, Kur- und Erholungsorten der niederschlesischen Gebirge hat im Jahre 1936 gegenüber dem

Vorjahre eine weitere Steigerung erfahren. Es werden in Niederschlesien 89 derartige Orte statistisch erfaßt. In diesen Orten wurden im Sommerhalbjahr 1936 rund 295 000 Gäste

(gegenüber rund 255 700 im Sommerhalbjahr 1935) gezählt. Die Zahl der Uebernachtungen, von der ja das wirtschaftliche Ergebnis des Fremdenverkehrs abhängt, betrug rund 2,9 Millionen (gegenüber 2,7 Millionen im Jahre 1935). Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer je Fremden betrug also etwa 10 Tage. Etwa 291 000 Gäste waren Inländer, 4 300 Ausländer. Von den inländischen Gästen stammten 56,7 v. H. aus den beiden schlesischen Provinzen, 24,2 v. H. aus dem übrigen Ostdeutschland (Brandenburg, Berlin, Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommern), 12,3 v. H. aus Mitteldeutschland, 2,3 v. H. aus Norddeutschland, 1,8 v. H. aus Westdeutschland und 0,7 v. H. aus Süddeutschland. Unter den fremden Herkunftsländern waren die Tschechoslowakei (31,9 v. H.) und Polen (14,4 v. H.) am stärksten vertreten; es folgten Dänemark (8,7 v. H.), Oesterreich, Ungarn, Holland usw. Der Hauptstrom der Besucher ging ins Riesengebirge und Jeschkegebirge (80,7 v. H. aller Besucher). Es folgte das Glatzer Bergland (27,1 v. H.). Der Rest der Besucher entfiel auf das Waldenburger Bergland, das Eulengebirge (das besonders stark von Kitzbühelern aufgesucht wurde) und auf das übrige schlesische Mittelgebirge (Obernitz, Lebnitz usw.). — Im Jahre 1936 gab es in Schlesien 181 Jugendherbergen an 143 Orten. Die Zahl der Uebernachtungen in den Jugendherbergen ist seit 1933 fast auf das Doppelte gestiegen (1933: rund 210 000, 1936 fast 400 000). 1933 standen in den Herbergen 7 200 Betten und Lager zur Verfügung, 1936 bereits 8 200.

„Kurtheater Samland“. In Königsberg (Pr.) wurde auf Veranlassung des Landesfremdenverkehrsverbandes Ostpreußen und der Landesstelle Ostpreußen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Bildung eines „Kurtheatrs Samland“ aus Mitgliedern des Südostpörischen Landestheatrs (Sig Allenstein) beschlossen. Das „Kurtheater Samland“ soll während der Hauptkurzeit in den Seebädern des Samlandes und der Kurischen Nehrung (Erang, Rauschen, Kollitten, Georgenswalde, Neuhafen, Neuhäuser, Palmnicken, Pillau und Fischhaujen) spielen. Neben Lustspielen, Schwänken, Singspielen usw. sind bunte Abende, Freilichtaufführungen und Kinder-vorstellungen vorgesehen.

Elbing. In einer der landschaftlich schönsten Stellen des Frischen Hafes, auf den Elbinger Höhen, wird die Stadt Elbing ein großes Hotel errichten. Gleichzeitig sollen auch ein Turnierplatz, eine Freilichtbühne, eine Volksspielwiese und für den Wintersport eine Skisprungchanze angelegt werden.

Seedienst Ostpreußen. Die Kraftfahrzeugbeförderung im „Seedienst Ostpreußen“ hat im vorigen Jahre gegenüber 1935 um 178 v. H. zugenommen. Ingesamt wurden 2 376 Fahrzeuge (764 Kraftfahrzeuge und 1 622 Kraftwagen) befördert. 1935 waren es nur 492 Käder und 363 Wagen, also 855 Fahrzeuge. Es ist zu erwarten, daß der Kraftverkehr über See nach Ostpreußen in diesem Jahre noch größere Ausmaße annimmt.

Reichsautobahn: In dem Netz der Reichsautobahnen hat bisher noch die mittleren Osten in nordöstlicher Richtung durchziehender Straßenzug gefehlt. Dieser Mangel soll durch eine Querverbindung behoben werden, die die beiden in nordöstlicher und südöstlicher Richtung von Berlin über Stettin bezw. von Berlin über Cottbus ausstrahlenden Autobahnen mit einander verbindet. Die vorgesehene Querverbindung soll von der Autobahn Berlin-Stettin-Ostpreußen etwa nördlich von Stargard (Pommern) in südlicher Richtung abgehen, östlich von Golbin und westlich von Landsberg verlaufen, wahrscheinlich zwischen Biez und Landsberg die Ostbahn und die Warthe überqueren und an Jelenzig vorbei nach Sternberg führen. Dann soll sie die Oder etwa bei Erossen überschreiten und sich nach Südwesten wenden, um zwischen Forst (Kaußh) und Muskau die Berlin-Breslauer Autobahn zu erreichen. Die neue Strecke soll also im wesentlichen ein verkehrspolitisch bisher noch stark vernachlässigtes Gebiet durchqueren, dessen Hauptverkehrsadern fast durchweg in westöstlicher Richtung verlaufen. Der seit dem Verlust der Bahnlinie Lissa-Wollstein-Bentschen-Birbaum verkehrspolitisch besonders notleidende Raum zwischen Warthe, Oder und Reichsgrenze wird durch die geplante Strecke in vertikaler Richtung etwa in der Mitte durchquert werden. Da auch eine südöstlich verlaufende Verbindungslinie von Stettin zu der neuen Autobahn geplant ist, die in diese etwa bei Seibin einmünden soll, hat die Nord-Süd-Diagonale Aussicht, eine Hauptverkehrsader zwischen Schlesien und dem pommerschen Osthafen zu werden. Anlässlich der am 6. August erfolgten Eröffnung der diesjährigen zweiten Kurmarkschau in der alten Oberstadt Frankfurt, der künftigen Hauptstadt der Kurmark, wurde die Leisfrede Fürstenwalde—Frankfurt (Oder) dem Verkehr übergeben. Die Inbetriebnahme dieser rund 30 Kilometer langen Leisfrede ist infolgedessen ein Ereignis für den deutschen Osten, als damit über Frankfurt die Ostmark an das Reichsautobahnnetz angegeschlossen wird. Nach der noch Ende dieses Jahres zu erwartenden Inbetriebnahme auf dem restlichen Leislabchnitt vom Berliner Ring bis Fürstenwalde ist damit eine Hauptausfallstraße von der Reichshauptstadt nach dem Osten geschaffen.

Verlag Dr. Reichrich Damer, Berlin SW 61, Reinholdstr. 2-3. — Verantwortlich für die Schriflleitung: Dr. Otto K r e i t z, Berlin-Friedrichshagen, Poststr. 2. — Druck: Wollenz-Druckerei GmbH, Berlin-Friedrichshagen, Poststr. 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Hampt, Berlin SW 15. — Erscheint monatlich zweimal. Halbjährig 1,20 M., jährlich 2,40 M., Einzelnummer 20 Pf. und 25 Pf. Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 4. — J. v. W. G. — Alle Zuschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin SW 30, Köpenicker Str. 46 (Fernruf 25 08 14) zu richten.

MÖBEL

vom einfachsten Stück bis zur schwersten Ausführung gut und preiswert bei

ERICH HARDT

Tischlermeister und Bildhauer
Gumbinnen, Wilhelmstr. 36
Annahme von Darlehnscheinen

Spare

bei der

Kreispartaffe

Heiligenbeil

gegründet 1842

Luftschutz ist Selbstschutz

Karl Nohring

G. m. b. H.

Insterburg

Möbel Robemoser

Insterburg, Hindenburgstraße 84

Befichtigen Sie meine Sonderabteilung:

Möbel deutscher Wertarbeit!

Alleinverkauf f. Ostpreußen!

Die Stadtwerke Insterburg

mit ihrem Gas-, Elektrizitäts-, Kanal- und Wasserwerk, Omnibus-, Müllabfuhr- und Verkaufsbetrieb sind der ständige stille Helfer jedes Volksgenossen im Stadtgebiet. Sie bedienen Haushalt, Gewerbe und Industrie mit Energie und Kraft, liefern Gas, Elektrizität und Wasser, übernehmen den Verkehr, beseitigen Abwässer und Müll

zu günstigen Tarifen.

Sie vermitteln die Errungenschaften des Fortschritts und der deutschen Kultur- und Qualitätsleistung. Sie beraten und betreuen jeden Volksgenossen in seinen Wünschen nach Schönheit der Arbeit und Annehmlichkeit des Lebens.

Luftschutz
ist
das
Gebot
der Stunde!



Modernes Einkaufshaus für gedieg. Manufaktur- u. Modewaren

Damen-, Herren- und Kinder-Fertigkleidung
Eigene Maß-Atelier für vornehme Damen-
und Herrenbekleidung

Gardinen - Teppiche - Möbelstoffe - Pelze

Spezial-Abteilung für Aussteuer- und Ergänzungswäsche
Leo Schweiger, Insterburg

OSTPREUSSEN

Bring' zur
Sparkasse
Dein Geld,

Die ostpreußischen

Stadt- und Kreis-
Sparkassen
mündelsicher

wie man's
tut in
aller Welt!

Heizungen
Wasserleitungen
Bäder usw.

Lingen u. Co.
Königsberg - Pr.
Französische Str. 1

Robert Brendel
Insterburg / Alter Markt

Modewaren
Ausstattungen

Büromaschinen
Büromöbel und
Organisationsmittel

empfiehlt
Albert Wlgand
Königsberg Pr., Junkerstr. 10
Eingang Münzplatz

Staatliche Bernstein-Manufaktur Königsberg (Pr)

Verkauf in den Fachgeschäften und in den Verkaufsstellen:
Königsberg (Pr), Junkerstr., Palmnicken, Bernsteinpavillon

Das Zeichen für  Echtheit und Qualitätsarbeit

Jede Art von Bewachung
in ganz Ostpreußen

übernimmt die
Wach- u. Schließ-
Gesellschaft



Königsberg Pr.
Klapperwiese 5
Tel. 411 29.41144

Wer nicht inseriert, bleibt unbeachtet

Schäffer & Walcker

Zentralheizungen G. m. b. H. • Gegründet 1855

Königsberg (Pr.), Fernsprecher Nr. 42012-13, Vorstädt. Langgasse 27

Fernheizungs-, Warmwasserbereitungs- und Lüftungsanlagen

OSTPREUSSEN

**Sparen heißt
für die Zukunft sorgen!**

Darum spare bei der
Stadtparkasse Marienburg

Wir trinken den guten

Winkler-Kaffee
seit 1845

Verkaufsstellen:

Kaiser-Wilhelm-Platz 1, Neuer Graben 30-31
Vorst. Langgasse 40, Hufen-Allee 36

Seide, Wolle, eleg. Damenkleidung
Seidenhaus

Erich Dietz

Königsberg Pr., Junkerstraße 5
Musterversand bereitwilligst!

Blutgericht

WEINGROSSHANDLUNG

Gegründet 1738 • Fernruf 30575 und 38001

Historische Weinstuben im alten
Ordenschloß zu Königsberg Pr.

Auto-Elektrowerkstatt



Präg & Held

Königsberg Pr.

Neue Adresse:
Gen. Litzmannstraße 84

Brennstoff - Einspritz-
pumpen und Einspritz-
düsen für Diesel
Reparatur u. Lieferung
Bosch - Batterien

Werkzeugmaschinen

für Holzbearbeitung

Eisenbearbeitung

Knuth & Jllas, Königsberg Pr., Steindamm 177

Baugeschäft H. Grodde

Baumeister

Königsberg Pr.

Fernruf 36420

Postschließfach 417 Postamt I

Färberei
CAILLÉ & LEBELT
reinigt chemisch
Königsberg i. Pr. 5

Martha Elsner
Königsberg i. Pr., Münzstraße 5-6

Korsetts, Korsetlets, Gesundheitsleibbinden
Damenwäsche, Strümpfe in großer
Auswahl zu billigsten Preisen

Nord-Süd-Bau

Ostpreußen G. m. b. H.

Königsberg Pr.

Vorder-Roßgarten 50

F. W. Schulz Nachfolger
INSTERBURG, Hindenburgstraße 90

Spezialgeschäft für Kurz-,
Weiß-, Woll- u. Spielwaren

Ohne Werbung — feine Umsatzsteigerung

TEPPICH-HAUS

MAX TOBIAS INHABER:
EUGEN HECHT

Königsberg Pr., Französ. Str. 26/27

Postadresse: Schließfach 170, Postamt 1

Fachgeschäft für behagl. Raumausstattung

Gegr. 1889. Versand überallhin. Ruf 33294 u. 33295

Bildwaren-Arkivvertrieb für die gesamte Ostmark

PERTRIX
OSTPREUSSISCHE

ELEMENTE- UND BATTERIE-FABRIK

Gesellschaft mit beschr. Haftung

Königsberg (Pr.)

Hermann-Göring-Str. 181/183

Taschenlampen- u. Anoden-Batterien

Hülsen und Lichtwerfer

Fahrrad - Scheinwerfer

und Fahrrad - Dynamos

Preussische Zeitung

Die größte Tageszeitung
in Ostpreußen

Das Sprachrohr von Partei und Staat



Tischlereibedarf

Sperrholz · Fourniere

Wilhelm Tappmeyer, Königsberg Pr., Gebauerstr. 50. Ruf 33337

Englick & Quatz Königsberg Pr.

Gegründet 1882

Große Schloßteichstraße 10

Ecke Burgstraße

Ruf 33088

Das Haus für Bürobedarf — Büromaschinen — Büromöbel — Büropapiere

A. Franz Rapetzki, Königsberg Pr.

Sackheimer Kirchenstraße 23 Fernsprecher: 35244 und 30970

ZENTRALHEIZUNGEN

Heizungs- und Lüftungstechnische Anlagen

Lippert & Matull

Münzstickerei

Königsberg I. Pr., Münzstraße 5-6

Spezialhaus für beste Strickkleidung
gediegene individuelle Maßanfertigung

Ruf 31684

Fachgeschäft für Mal- u. Zeichen-Artikel

Käthe Neumann

Königsberg, Am Schloß 1 • Ruf 30536

Gut sortiertes Lager

Mit dem „Seedienst Ostpreußen“ ins Ordensland!

Draht
-Zäune
mit eisernen
Ständern
allerorts fertig
ausgestrichelt



Heinwig
Königsberg & Bromberg
Telefon 31941

Drahtgelenke
in jeder Höhe
Stachel- u. Koppeldraht
Drahtseile - Fischreusen

KATALOG GRATIS

„Heinzelmannchen“
Inh.: Gertrud Danat

Lichtpausenmittel u. Vervielfältigungsbüro
Königsberg Pr., Lutherstr. 8. Ruf 39005

Artur Krügel, Königsberg Pr.
Awdaler Allee 114-16

Waagen-Eisenbau

**Kohlen
Briketts
Holz usw.**

Alfred Lenz
Königsberg Pr., Gen.-Litzmann-Str. 62
Fernruf: 23506

Koks in allen Sortierungen

Wir bitten unsere Bezahler, diese
Inserate besonders zu beachten!

Kompl. Zimmer und Einzeilmöbel
gut und preiswert

A. Thurau, Tischlermeister
Möbelgeschäft
Königsberg, Vorst. Langgasse 98
Annahme von Ehestandsdarlehen

Parfümerie Favorit
Inh.: F. Klein u. E. Wied
Königsberg Pr., Paradeplatz 11
Anruf 36712

unterhält ständig reich sortiertes Lager
in Seifen, Parfümerien, Hautpflege- und
Toilette-Artikeln

Dieckert & Jautschus Nachf.

Inh. Arthur Gerber
Königsberg I. Pr., Löbn. Langp. 5
Leder f. Schuhmacher u. Sattler

... Und die

MÖBEL

Neumann's Möbelhallen
Königsberg Pr., Französische Str. 5, Am Mühlpl.
Ehestands-Darlehen — Zahlungsvereinfachung

Buchdruckerei

Emil Masuhr

Königsberg, Altstadt, Bergstr. 45
Fernruf 30068
Anfertigung sämtlicher Drucksachen
schwarz und farbig

F. Trittmacher

Expedition u. Großfuhrbetrieb
Königsberg Pr.
Lizentgrabenfr. 11-12
Samml.-Nr. 36366

Saml. Bernsteinwaren - Fabrik
Albert Glega

Königsberg Pr.
Sackheim 92

Gebr. Rittler

Leder für alle Zweide
Königsberg Pr.
Altstädtische Bergstraße 11
Fernsprecher Nr. 33112 und 36350

Kalk- u. Mörtelwerke

Aktiengesellschaft
gegründet 1899 Fernsprecher 34121
Baustoffe aller Art • Eigene
Kieswerke u. Schlepsschiffahrt
Königsberg (Pr.)
Gebaurstraße 74

Tapeten-Balatum

Johs. Dikti, Königsberg Pr.
Vorstädt. Langgasse 93

Schallke

DAS HAUS DER PHOTOFREUNDE
Königsberg, Steindamm 128/29

FELLENBERG

Kommandit-Ges.
Zementwaren und
Steinholzfußböden
Königsberg Pr.
Friedländerortplatz 5

Ferd. Beyer's Buchhandlung
Königsberg Pr., Französischestr. 25



Steindamm 139
MÖBELFABRIK
und Einrichtungshaus

Möbeltischlerei

Innenausbau
ERNST DELLIN
Tischlermeister
Königsberg/Pr., Ziegelstr. 14
Telefon 35993

Mara Arndt

Antiquariat u. Buchhandlung

Königsberg Pr.

Französischestr. 3

Fernsprecher 31232

Bernh. Teichert

Buch- u. Kunsthandlung

KÖNIGSBERG PR.

G. r. Schloßteichstraße 8

Zentralheizungen
Sanitäre Anlagen
Pumpen- u. Wasserversorgung
Otto Gassner
Tilsit, Deutsche Straße 60
Fernsprecher Nr. 2660

Haus- und Küchengeräte
Stabeisen und Träger
Baumaterialien

Welz & Neitz, Tilsit
Hohestraße. Fernsprecher 2646

Walter Bergau * Tilsit
Sommerstr. 43. Fernruf 3427
Unternehmung für:
Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbau
Beton-, Eisenbetonbauten und
Kanalisation

Gaskoks für Zentral- und Etagen-Heizungen
liefert in guter Qualität und in jeder Stückgröße
Städtisches Gaswerk, Tilsit

Kornhausgenossenschaft e. G. m. b. H. zu Tilsit
Zweigstellen in Gr. Britanien, Kaukashen, Naujeulngken, Rautenberg, Szillen
Das genossenschaftl. Landwaren-Institut für die Kreise Tilsit-Ragnit u. Niederung

* Backe mit Hefe *

Überall

* Koche mit Hefe *

O. H. T. HEFE

Ostdeutsche Hefewerke, Abtlg. der Norddeutschen Hefe-Industrie
Tilsit Fernruf 3444

SCHLESIE N

**Schlesier lesen die
Schlesische Gaupresse**

mit ihren 9 NS-Heimatzeitungen in:
BRISLAU GÖRLITZ WALDENBURG
GLOGAU GLATZ GLEWITZ
LIEGNITZ HIRSCHBERG OPPELN

Gustav Knauer
Breslau 6 **Möbeltransport · Speicherei · Spedition**

Fernsprecher: 28747

**Der deutsche Ostraum
im Unterricht**

4. erweiterte Auflage 1937

Von Dr. Czajka, C. Herrmann, Dr. Dr. Lange u. a.

Preis kart. 2,20 RM., geb. 3,- RM.

Das grundlegende Werk über den deutschen Ostraum.
Das ganze Problem wird erschöpfend behandelt.
Bergleichen kostenlos

Heinrich Handels Verlag, Breslau 1
(Johann W. Gröbe)

CONTINENTAL

**Schreib-, Rechen- u.
Buchungsmaschinen**

Verlangen Sie Prospekte und
unverbindliche Beratung durch

ERICH TELG

Kommanditgesellschaft

Breslau 3, NeueSchweidnitzerstr.4